



## *Wehrhafte Demokratie*

### **In Nordrhein-Westfalen ist kein Platz für eine „Scharia-Polizei“**

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die rot-grüne Landesregierung auf, die rechtliche Handhabe gegenüber entsprechenden Aktionen kritisch zu überprüfen und sich gegebenenfalls für eine Gesetzesverschärfung einzusetzen. Ab 10 Uhr Debatte: <http://kurzlink.de/GGliveLandtag>.

Es kann nicht richtig sein, dass solche Aktionen wie in Wuppertal offenbar nicht unterbunden werden können. Wer mit dem Aufdruck ‚Scharia-Polizei‘ durch die Straßen patrouilliert, zeigt deutlich, dass er unsere Rechtsordnung ablehnt. Das darf sich ein Rechtsstaat nicht bieten lassen.

## *Rede*

### **Zollbeamte brauchen solide Grundlage im Einsatz**

**Wir wollen, dass Zollbeamte im Einsatz die gleiche Kompetenz wie die Bundespolizei erhalten: Bei gegenwärtiger Gefahr und zur Erforschung und Verfolgung von Straftaten müssen sie die Möglichkeiten haben, solange zu agieren, bis die zuständige Länderpolizei eingetroffen ist.**

Der Landtag wird heute Mittag auf unseren Antrag in zweiter Lesung über eine Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes beraten. In meiner Rede werde ich auf das derzeit bestehende Problem hinweisen: Angenommen, die Zollbeamten führen eine Zollkontrolle durch und stellen dabei fest, dass der Fahrer eines LKW unter Alkoholeinfluss steht, so haben die Zollbeamten keine Möglichkeit den Fahrer festzuhalten, bis die zuständige Polizei eingetroffen ist. Wenn die Zollkontrolle abgeschlossen ist, müssen sie den Fahrer derzeit weiterziehen lassen.

Das ist unvernünftig und könnte mit einer einfachen Ergänzung im Landesgesetz geändert werden. In Bayern, Baden-Württemberg oder Brandenburg ist das schon heute Praxis. Experten haben unsere Initiative in einer Landtagsanhörung begrüßt. Dennoch will Rot-Grün unsere Initiative ablehnen.

Gegen 12 Uhr live: <http://kurzlink.de/GGliveLandtag>.

## *Von Politikverdrossenheit keine Spur:*

### **Jugend-Landtag weckte Interesse an Politik**



**Die frisch gebackene Studentin Hannah Gatzgen aus Erftstadt nahm am diesjährigen Jugend-Landtag teil.**

Einmal im Jahr entsendet jeder Landtagsabgeordnete einen Vertreter in den Jugend-Landtag, der sich über drei Tage intensiv mit der Landespolitik befasst.

Die Jugendparlamentarier diskutierten vom 04. bis zum 06. September drei Tage über die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte sowie die Einführung einer Kindergarten-Pflicht für alle Kinder im

Land. Darüber hinaus wurde unter anderem auch über den Einsatz von Tieren bei Polizeieinsätzen diskutiert und die „Scharia-Polizei“ in Wuppertal thematisiert.

Es ist toll, wie konzentriert und intensiv die Jugendlichen gearbeitet haben. Von Politikverdrossenheit war nichts zu spüren. Ich danke Hannah Gatzgen für Ihren Einsatz und freue mich, dass der Jugend-Landtag ihr Interesse an Politik geweckt hat. Mehr: <http://kurzlink.de/GG-jugend-landtag14>.